

Der Entscheid für eine konfessionelle Identität, die Taufe in einer konkreten Kirche und die entsprechende religiöse Erziehung ist für die Dialogkommissionen kein konfessionalistischer Entscheid, im Gegenteil. In ihren Überlegungen „Theologischer Grundfragen zum konkreten Ort der Taufe in der Kirche“ zeigen sie auf, wie die christliche Taufe im Neuen Testament und in der altkirchlichen Tradition ein Zweifaches bedeutet: sie gliedert in die konkrete, sichtbare, lokale Kirche ein, in der der Getaufte das christlich-kirchliche Leben und Wirken direkt und aktiv mitträgt, und gleichzeitig stiftet sie einen Bezug zur ganzen, weltweiten Kirche und zu allen Getauften. „Jede Taufe ist in diesem Sinn eine ökumenische Taufe, welche eine Verantwortung für die ganze, weltweite Kirche und für alle Getauften miteinschließt.“ Diese Verantwortung kann aber nur so wahrgenommen werden, „daß man verpflichtetes Glied seiner konkreten, örtlichen Kirche ist und als solches lebt“.

Auch wenn die heutige Situation in manchem eine andere ist, bleibt dieses Taufverständnis von Bedeutung, weil es nach ihm nur *eine* christliche Taufe gibt. Damit haben die drei Landeskirchen der Schweiz ernst gemacht, als sie 1973 die Taufe gegenseitig anerkannten und damit zum Ausdruck brachten, daß es nur *eine* christliche Taufe gibt und daß diese eine christliche Taufe gefeiert wird, ob sie nun

konkret in der römisch-katholischen, christkatholischen oder evangelischen Kirche gefeiert wird. Die mit der Taufe gestiftete Beziehung zu den anderen Kirchen bedeutet in einer Situation, in der es Kirchen gibt, zwischen denen trennende Gegensätze bestehen, allerdings auch Verpflichtung zum Dienst an der erstrebten vollen Einheit der Kirchen.

Aufgrund dieser Überlegungen besteht für die Dialogkommissionen ein sachgemäßes Vorgehen grundsätzlich darin, „daß von Ehepaaren mit bekenntnisverschiedenen Partnern, die gerade als solche für die Einheit der Kirche eintreten wollen, im Umkreis der Taufe und der religiösen Erziehung ihrer Kinder nichts unternommen werden sollte, was den grundsätzlich ökumenischen Charakter, der jeder Taufe eignet, in Frage stellen könnte, wohl aber alles, was die ökumenische Bedeutung der Taufe mit ihren Verpflichtungen zum Ausdruck zu bringen vermag“.

### Religiöse Erziehung und Seelsorge an Mischehen

Aus dem *ökumenischen Charakter der Taufe* ergibt sich so beispielsweise, daß eine Taufe nicht erst durch die Mitwirkung eines Vertreters der anderen Kirche eine ökumenische Bedeutung erhält, weshalb die Taufführung im Wesentlichen auch vom Geistlichen jener Kirche vollzogen

werden soll, der der Täufling angehört wird. Der ökumenische Charakter sollte bei jeder Taufe bewußt gemacht werden – die Dialogkommissionen geben den Kirchen zu überlegen, ob sie nicht einen entsprechenden Hinweis in *jeder* Tauf liturgie aufnehmen sollten –, und Tauffeiern bekenntnisverschiedener Familien sollten überdies „ein Anlaß zu ökumenischer Besinnung und Erweckung sein: ... sollen Ausgangspunkt und Anstoß sein zu weiteren ökumenischen Kontakten in Gemeinde und Familie“.

Von diesem Taufverständnis her wird auch die religiöse Erziehung und die Mischehenseelsorge bestimmt: Sie soll dazu beitragen, „daß die von der Taufe her erforderliche christliche Erziehung sowohl die konkrete Verwurzelung und Beheimatung in der eigenen Kirche als auch die Hinführung zum ökumenischen Einsatz ermöglicht und fördert“. Die Dialogkommissionen gehen davon aus, daß „echte Schritte auf die andere Konfession nur tun kann, wer fest auf dem Boden der eigenen Konfession steht“. So nehmen sie das Stichwort aus der französischsprachigen Mischehenbewegung auf und erklären: Eine Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen, voneinander getrennten Kirchen („double appartenance“) ist nicht möglich, sehr wohl aber eine aktive Beziehung zu einer anderen und damit eine doppelte Teilhabe („double participation“).  
R. W.

## Frieden ohne Chance?

### Mittelamerika nach Abkommen von Guatemala

Am 7. August unterzeichneten die fünf Präsidenten Mittelamerikas in Guatemala-City zur Überraschung der Weltöffentlichkeit einen *Friedensplan* für die unter blutigen militärischen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen leidende Region. Die nach zahlreichen gescheiterten Bemühungen getroffene Übereinkunft der Präsidenten Ortega (Nicaragua), Arias (Costa Rica), Duarte (El Salvador), Cerezo (Guatemala) und Azcona (Honduras) entstand auf der Grundlage eines Entwurfs, den der costaricanische Präsident Oscar Arias bereits im Februar vorgelegt hatte.

Der „Plan zur Etablierung eines festen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika“ sieht einen Waffenstillstand der kriegführenden Parteien (in El Salvador, Nicaragua, Guatemala) *binnen drei Monaten*, also spätestens bis zum 7. November, vor. Im gleichen Zeitraum müssen die Vereinbarungen über eine Amnestie für die Aufständischen und Demokratisierungsmaßnahmen in Kraft treten. Die Regierungen verpflichten sich, keine Gruppen zu unterstützen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder deren Regierung stürzen wollen. Die Regierungen außerhalb der Region fordert der Plan auf, ihre

offene oder verdeckte Hilfe an Aufständische einzustellen.

In dem Friedensplan von Guatemala verpflichteten sich die Regierungen der fünf Länder, eine pluralistische, *auf Mitbestimmung gründende Demokratie* herzustellen, in der die Menschenrechte, die Souveränität, die territoriale Integrität und das Recht der Unterzeichnerstaaten geachtet werden, über ihr politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System selbst zu bestimmen. Ausdrücklich genannt werden das Recht auf uneingeschränkte Pressefreiheit, der Zugang oppositioneller Parteien zu den Medien und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten in Ländern unter Ausnahmezustand. Die fünf Länder kamen zudem überein, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres als einem ersten Schritt zur Integration Mittelamerikas *Wahlen für ein mittelamerikanisches Parlament* zu halten. Nach Abschluß der jeweiligen Legislaturperioden sollen unter der Beobachtung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Vereinten Nationen in allen Ländern freie Wahlen stattfinden. Unter der Schirmherrschaft der Contadora-Gruppe (Panama, Kolumbien, Venezuela und Mexiko) sollen neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle und -abbau aufgenommen werden.

Die Überwachung der Vereinbarungen über Waffenstillstand, Amnestie und den Demokratisierungsprozeß dient die Einsetzung *nationaler Versöhnungskommissionen*, bestehend aus Vertretern der Regierungen, der Kirchen, der politischen Opposition und einer politisch unabhängigen Persönlichkeit. 120 Tage nach Unterzeichnung des Friedensabkommens soll eine internationale Kommission aus Vertretern der OAS der Vereinten Nationen und der Außenminister der erweiterten Contadora-Gruppe (die vier Gründerstaaten plus Brasilien, Argentinien, Peru und Uruguay) überprüfen, ob die Vereinbarungen verwirklicht worden sind bzw. eingehalten werden.

## Positive Ansätze

Die Reaktionen auf den Friedensplan von Guatemala waren weltweit positiv, ausgenommen die der Rebellen in Nicaragua und El Salvador („Wir werden weiter kämpfen“). Die amerikanische Regierung begrüßte den Friedensplan „mit Vorbehalten“. In der europäischen Presse, insbesondere, aber nicht nur der konservativen, herrschte die – von Politikern vermutlich insgeheim geteilte – Einschätzung vor, das Friedensabkommen von Guatemala sei zu schön, um wahr werden zu können.

In den folgenden Wochen zeigte der Friedensplan unter den Beteiligten in und außerhalb Mittelamerikas *erste allerdings sehr unterschiedliche Wirkungen*. Das sandinistische Nicaragua, wie El Salvador vom Bürgerkrieg wirtschaftlich zerrüttet und wegen seines linkstotalitären Kurses von der US-Regierung als das einzige wirkliche Problem Mittelamerikas angesehen, entwickelte dabei überraschend die größte Aktivität. Präsident *Daniel Ortega* erklärte nach seiner Rückkehr aus Guatemala, es müsse weiter gegen die antisandinistischen Contras ge-

kämpft werden. Im August brief er den schärfsten Regimekritiker unter den Bischöfen, Kardinal *Miguel Obando Bravo*, in die nicaraguanische Versöhnungskommission und ernannte ihn zugleich zu deren Vorsitzenden. Der Vizepräsident Nicaraguas, *Sergio Ramirez*, kündigte an, die Amnestievereinbarung schließe auch die politischen Häftlinge ein, eine von Kardinal Obando unmittelbar nach Bekanntwerden des Friedensplans erhobene Forderung (in nicaraguanischen Gefängnissen soll es zwischen 5000 und 10 000 politische Häftlinge geben). Zudem zog Nicaragua die Klage gegen Costa Rica und Honduras beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen antisandinistischer Aktivitäten auf dem Territorium dieser Länder zurück.

Am 25. August gab Ortega bekannt, der im Juli 1986 ausgewiesene Bischof *Antonio Vega*, der seit Juni 1986 zwangsexilierte Pressesprecher Obandos, *Bismarck Carballo*, und der 1985 mit neun anderen Priestern ausgewiesene Geistliche *Benino Pitito* könnten „ohne Auflagen“ ins Land zurückkehren. Die Oppositionszeitung „La Prensa“ darf ab sofort wieder erscheinen. Mitte September wurde der Präsident der unabhängigen Menschenrechtskommission Nicaraguas, *Lino Hernandez*, der nach einer nichtgenehmigten Demonstration zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, vorzeitig entlassen. Der Vorschlag Präsident Duarte, die Regierungen von Nicaragua und El Salvador sollten gleichzeitig am 15. September erste Verhandlungen mit den Rebellenführern der Contras bzw. der salvadorianischen Guerilla FMLN/FDR aufnehmen, scheiterte in beiden Ländern.

Der politischen Führung der antisandinistischen *Contra-Verbände* blieb angesichts ihrer Abhängigkeit von Washington und der widersprüchlichen Politik der Amerikaner nichts anderes übrig, als sich abwartend zu verhalten. Bis Ende August „prüfte“ sie an unbekanntem Ort den ohne Beteiligung zustande gekommenen Friedensplan. Bei einem Treffen mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz in Los Angeles unterbreiteten sie dem offenbar überraschten amerikanischen Präsidenten den Vorschlag, mit Rücksicht auf den mittelamerikanischen Friedensplan bis zum 7. November auf Militärhilfe zu verzichten. Nach der Begegnung teilte *Alfredo Cesar Aguirre* von der Contra-Führung mit, man habe um weitere Militärhilfe gebeten, die aber gesperrt bleiben und im Fall der Verwirklichung des Friedensplans nach dem 7. November humanitären Zwecken dienen solle. Die Contra-Führung forderte erneut direkte Verhandlungen mit der sandinistischen Regierung und hat sich vorläufig nicht bereit erklärt, die Waffen niederzulegen. Dies machte sie auch in einer Begegnung mit Präsident Duarte von El Salvador deutlich; ein Gespräch über Waffenruhe bedeute nicht das Ende der Kampfhandlungen.

*Die Kirche in Nicaragua* hat nach anfänglicher offensichtlicher Skepsis (Kardinal Obando: „Ich hoffe, daß der Friedensplan mehr als nur ein Traum ist“) beschlossen, die Chance zu ergreifen und ihren Beitrag zu einem möglichen Friedensschluß zu leisten. In einem Gespräch

Mitte August mit Präsident Ortega gab der Kardinal diesem zu bedenken, daß „mangelnder politischer Wille ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden“ sei. Obando selbst sprach sich erstmals für einen Dialog zwischen der amerikanischen und der sandinistischen Regierung aus. Der Kardinal hatte bisher nur auf Verhandlungen mit den Contras gedrungen. Bischof Vega hat das Angebot, nach Nicaragua zurückzukehren, bisher abgelehnt: „Man darf sich nicht dem Trugbild hingeben, dieses System werde sich bessern.“ Der in den USA lebende Carballo kehrte Mitte September nach Nicaragua zurück. In einem Interview der „Washington Post“ Ende August warnte er: „Glauben Sie nicht an den guten Willen der Sandinisten; verlangen Sie Taten, nicht nur Worte.“

In *El Salvador* kam die erste Begegnung zwischen Regierung und Aufständischen seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens trotz intensiver kirchlicher Bemühungen nicht zustande. Wie in Nicaragua wird derzeit auch in El Salvador weiter gekämpft. Die amerikanische Menschenrechtsorganisation Americas Watch machte im September auf die zunehmende Zahl von Übergriffen der salvadorianischen Armee aufmerksam; auch die Guerilla mißachtete weiterhin die Menschenrechte. Die Kirche in El Salvador kann, so Weihbischof *Gregorio Rosa Chavez* von San Salvador, „gar nicht anders, als den Friedensplan von Guatemala zu unterstützen“. Der Bürgerkrieg, der bisher mehr als 60 000 Menschenleben kostete, wäre schon vor Jahren beendet worden, wenn die Großmächte sich nicht eingemischt hätten, erklärte der Weihbischof Ende August. Die Kirche in El Salvador setze derzeit alles daran, das Gespräch zwischen Guerilla und Regierung in Gang zu bringen.

In *Guatemala* ist die Regierung Cerezo von ihrer bisherigen Forderung an die in den Bergen operierenden kleineren Guerilla-Verbände abgegangen, die Rebellen müßten vor Aufnahme von Gesprächen die Waffen niederlegen. An diesen Bedingungen waren Verhandlungen bisher gescheitert.

*Honduras*, wie El Salvador in hohem Maße von amerikanischer Wirtschaftshilfe abhängig und Basis für die antisandinistischen Contra-Verbände, hat sich bisher geweigert, eine Versöhnungskommission einzusetzen, „da in Honduras kein Bürgerkrieg herrscht“. Offenbar will die Regierung den im Friedensplan vereinbarten Abzug der Contras von ihrem Territorium nicht thematisieren. Die Bischöfe des Landes erklärten öffentlich, sie seien nicht eingeladen worden, in einer Versöhnungskommission mitzuwirken.

Die *US-Regierung* reagierte auf den Friedensplan *der mittelamerikanischen Länder* zunächst äußerst widersprüchlich. Präsident Reagan begrüßte das Abkommen von Guatemala und erklärte seine Bereitschaft, „unseren mittelamerikanischen Freunden bei der Verwirklichung“ zu helfen. Am 24. August sprach er zum erstenmal eine in Los Angeles aufgezeichnete Botschaft über den Geheimsender der Contras, Radio Liberación, in der er den Re-

bellen versicherte, seine Regierung werde helfen, „bis das Ziel, ein freies Nicaragua“, erreicht sei. „Die Sandinisten haben im Friedensplan von Guatemala zugesichert, daß mit den Kämpfen auch die Repression im Lande aufhören wird. Das haben sie früher schon behauptet, und es gibt niemand, der ihnen das glaubt.“

Reagan ließ zunächst erklären, vor dem 30. September, dem Auslaufdatum der amerikanischen Contra-Hilfe, werde die Regierung keine neuen Gelder beantragen, um die Friedensbemühungen in Mittelamerika nicht zu stören. Am 10. September kündigte die Regierung dann *informell* an, sie werde beim Kongreß weitere 270 Millionen Dollar Militärhilfe für die antisandinistischen Rebellen beantragen. Außenminister Shultz begründete die Forderung damit, die Regierung wolle „angesichts der wechselhaften Beschlüsse entstandene Zweifel an der Fähigkeit und dem politischen Willen der USA“ beenden. Die Entscheidung bedeute jedoch nicht, daß Washington den mittelamerikanischen Friedensplan ablehne. Nach wie vor weigert sich die amerikanische Regierung, direkte Verhandlungen mit der sandinistischen Regierung aufzunehmen.

## Unterschiedliche Situationen und Positionen

Die ersten Reaktionen auf den Friedensplan in Mittelamerika selbst, vor allem aber in den Vereinigten Staaten, machen die Chancen und Grenzen des Abkommens von Guatemala deutlich. Die unterschiedlichen politischen Grundpositionen der an den Konflikten Beteiligten haben sich mit dem Datum des Friedensabkommens nicht geändert, dies anzunehmen, wäre unrealistisch. Doch haben die Unterzeichner, die fünf Regierungen Mittelamerikas, sich vor der Weltöffentlichkeit und ihren Völkern Maßstäbe gesetzt, an denen nun ihre Politik gemessen wird. So bemerkenswert der nach enormen Anstrengungen gefundene *Grundkonsens* über eine Friedensperspektive ist, so vage sind die Aussichten auf eine inhaltliche und termingerechte Verwirklichung des Friedensplans. Entscheidend für sein Gelingen sind zwei voneinander nicht unabhängige Größen. Der authentische Friedenswille jeder der betroffenen Parteien und das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Gegnern. Beides ist in den Konfliktparteien unterschiedlich ausgeprägt und bestimmt ihr politisches Handeln, also die Erfüllung oder Nichterfüllung der in Guatemala getroffenen Vereinbarungen.

Im Falle *Nicaragua* ist das Friedensinteresse von Anfang an bezweifelt worden, lautstark von der Regierung der USA, auf vernehmliche Weise auch von den Regierungen der Nachbarländer El Salvador und Honduras. Selbst der Initiator des Friedensplans, Präsident Arias von Costa Rica, bezweifelte öffentlich, „ob die Sandinisten die Vereinbarungen wirklich einhalten“. Und das ungeachtet (oder gerade wegen) der unerwartet positiven Schritte

und Zusagen des nicaraguanischen Regimes. Da Friedenswille nur an Taten zu messen ist, muß gerade im Fall des besonders argwöhnisch beäugten Nicaragua abgewartet werden. Eindeutig gegen die Vereinbarungen des Friedensplans verstößt das Regime mit seiner Weigerung, Gespräche mit den Rebellen aufzunehmen. Zu Gesprächen mit der politischen Opposition am 5. Oktober lud Ortega nur „bekehrte Contras“ ein.

Zu *Zugeständnissen an Kirche und Opposition* im Land könnten sich die Sandinisten indes auch aufgrund ihrer geschwächten Machtposition gedrängt sehen. Die *katastrophale Wirtschaftslage* (nach drastischen Kürzungen der sowjetischen Lieferungen ist die Treibstoffversorgung nicht einmal bis zum Jahresende gesichert) bringt das Regime dem politischen Ruin womöglich näher als der Krieg der Contras. Ist das Regime in Managua jedoch nicht an einem Friedensschluß und dem Ende des Bürgerkriegs interessiert, gibt die amerikanische Regierung mit ihrer für die nächsten 18 Monate angekündigten Contra-Unterstützung den Sandinisten willkommene Legitimationshilfe für eine Fortführung des Krieges und der Repression im Land. Ihrerseits sieht sich die antisandinistische Contra vom politischen Befriedigungsprozeß ausgeschlossen und leitet daraus die Notwendigkeit ab, das Regime militärisch weiter zu bekämpfen.

Die Machtverhältnisse im wirtschaftlich ausgebluteten, nur mit amerikanischer Wirtschaftshilfe überlebenden *El Salvador* sind ebenfalls in hohem Maße von äußeren Einflüssen bestimmt. Regierung und Guerilla stellten wie schon in den vergangenen Jahren offenbar bereits in den Vorverhandlungen so harte, für die andere Seite kaum annehmbare Bedingungen, daß sich die Frage nach wirklicher Verhandlungsbereitschaft stellt. Präsident Duarte's Handlungsspielraum wird von der ihm mißtrauenden politischen Rechten und der Armee zusätzlich eingeschränkt. Nach Aussagen eines kirchlichen Beobachters

sind in El Salvador beide Seiten nach sieben Jahren Bürgerkrieg jedoch etwas konzessionsbereiter geworden. Wie die antisandinistischen Rebellen in Nicaragua kann auch die mit kommunistischer Unterstützung operierende salvadorianische Guerilla den Krieg militärisch nicht gewinnen.

## Entscheidend ist die Haltung der USA

Nach wie vor liegt der entscheidende Machtfaktor für die Befriedung Mittelamerikas außerhalb der Region. Der ohne die USA entstandene Friedensplan wird mit amerikanischem Zutun scheitern oder gelingen. Es sei der erklärte Wille der amerikanischen Regierung, „im nationalen Interesse den Druck einer schlagkräftigen Widerstandsbewegung“ gegen das Regime in Managua zu verstärken, sagte Außenminister Shultz am 13. September vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats. Präsident Reagan hat seine *Bedingungen für eine Beendigung der Contra-Hilfe* erneut verschärft: Freie Wahlen in Nicaragua, freie Presse, das Recht der Opposition, sich politisch zu organisieren, die Abschaffung der Geheimpolizei, der Rückzug aller ausländischen Militärberater. Damit ist die Wahrscheinlichkeit, daß die entscheidenden politischen Kräfte, die sandinistische Regierung und die Vereinigten Staaten, vor Ende der Legislaturperiode 1988 jemals miteinander ins Gespräch kommen, auf Null gesunken. Es sieht so aus, als hätten die vereinten Anstrengungen der kleinen Staaten Mittelamerikas (eine nicht unwichtige Rolle spielt der guatemalteke Präsident Cerezo, der mit seiner Politik „aktiver Neutralität“ die Position Mittelamerikas zu stärken versucht) mit dem Abkommen von Guatemala zu einem ersten selbständigen Schritt auf den Frieden zu geführt, der dem mächtigen Nachbarn nicht gefällt. Als wären die innerzentralamerikanischen Hindernisse für weitere Schritte nicht Stolpersteine genug. *Gabriele Burchardt*

## Konfrontation im Sudan

### Christen werden mehr und mehr unterdrückt

Der größte afrikanische Flächenstaat, der Sudan, sorgt seit einigen Monaten für wenig positive Schlagzeilen. „Hunger im Südsudan“, schrieb am 6. Dezember 1986 die „Neue Zürcher Zeitung“, über gravierende „Versorgungsprobleme“ und „schwere Schuldenlasten“ berichtete das „Handelsblatt“ am 30. Juli 1987. Als Ende Juli die Nachrichtenagentur AP die Verkündung des Ausnahmezustandes im Sudan meldete, der zehnmal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur von rund 23 Millionen Menschen bevölkert wird, kündigte sich bereits eine ernste Regierungskrise unter dem streng moslemischen Ministerpräsidenten *Sadek Al Mahdi* an. Nach 16monati-

ger Regierung scheiterte er schließlich am 22. August 1987, die Regierungskoalition zwischen demokratischer Unionspartei (DUP) und der moslemischen Umma-Partei war zerbrochen. Die Nachrichtenagentur AP meinte dazu: „Der Bruch der Koalition ist vorläufiger Höhepunkt einer seit langem anhaltenden sozialen, wirtschaftlichen Krise im größten afrikanischen Land.“

Wenn man den Sudan besucht, bekommt man bald die zugespitzte wirtschaftliche und religionspolitische Situation zu spüren. 1963 hatte der damalige Staatspräsident *Gaafar Numeiri* die rigorose islamische Gesetzgebung, die Scharija, eingeführt. Islamisches Gesetz sollte für alle